

# Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verordnungsamt Dresden Nr. 31307  
Zentr. Elbgaupresse Blawewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Kontokonto: Stadtbank Dresden, Stroßasse Blawewitz Nr. 656  
Postkassenkonto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blawewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpönitz, Hofierwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupostverlag und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co. Dresden-Blawewitz. Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Redaktion und Expedition  
Blawewitz, Loschwitzer Str. 4  
92 Jahrgang

Nr. 287

Mittwoch, den 10. Dezember

1930

## Immer näher der 4. Million!

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat in der zweiten Novemberhälfte nicht das Ausmaß erreicht, wie in der gleichen des Vorjahres. Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung 1 788 000, in der Arbeitslosenversicherung 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme um 127 000 in der Arbeitslosenversicherung (l. B. Zunahme um 155 000 auf 1 200 000).

Von den Arbeitslosen, die am 30. November bei den Arbeitsämtern verifiziert waren, sind 3 782 000 als Arbeitslos zu zählen, d. h. 204 000 oder 5,7 v. H. mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 3 578 000, die Zunahme in der zweiten Novemberhälfte mit 14,2 v. H. war jedoch nicht unerheblich höher als in diesem Jahr.

## 18 Millionen Frauen mehr als Männer

In Berlin gesammelte Statistiken aller Länder zeigen klar, welchen ungeheuren Frauenüberschuß Europa besitzt. Die exponierte Stellung des Mannes in fast allen Völkern, die Kriege in den Jahrhunderten, die immer viel Männer kosteten, ferner ein Geburtenüberschuß des weiblichen Geschlechts haben die Zahlen so aufsteigen lassen, daß augenblicklich in Europa 18 Millionen mehr Frauen als Männer sind. Rußland allein hat etwa 4 Millionen Frauen mehr, Deutschland hat über 3 Millionen Frauen in der Ueberzahl und Frankreich über 2 Millionen. Das frauenreichste Land dürfte wohl Portugal sein, denn die Stadt Lissabon allein hat über 300 000 Frauen zu viel.

## Sozialer Frieden?

Wie man hört, sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, Arbeitgeber und Arbeitnehmer erneut im Sinne der früheren Zentralarbeitsgemeinschaft zusammenzubringen. Die treibende Kraft ist Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Der Reichsarbeitsminister habe vor kurzem Vertreter der beiderseitigen Spitzenorganisationen bei sich gehabt. Es stand die Frage zur Erörterung, was angesichts der für den Winter zu erwartenden großen Arbeitslosenzahl zu tun sei. Der Gedanke einer gesetzlichen Arbeitsstreckung, der früher von den Gewerkschaften vertreten worden ist, habe wenig Anklang gefunden, da eine schematische Anwendung nicht am Platze sei. Man suche eine Lösung, die einmal den Interessen beider Parteien entgegenkomme und weiter so elastischer Natur sei, daß sie die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige und Betriebe berücksichtigen könne. Ähnliche Verhandlungen hätten auch mit den großen Staatsbetriebsbetrieben der Post und Eisenbahn stattgefunden.

## Schiele wartet mit neuen Forderungen auf

Die deutsche Öffentlichkeit wird sich in den kommenden Tagen mit den agrarpolitischen Forderungen zu beschäftigen haben, die von den Organisationen der deutschen Landwirtschaft erneut erhoben werden. Reichsernährungsminister Schiele hat unter dem Druck der ihm naheliegenden wirtschaftspolitischen Gruppen eine neue Zollvorlage ausgearbeitet, die

angeblich Zollsätze in Vorschlag bringt, die geeignet wären, handelspolitische Kompensationen mit dem Auslande herauszubeschwören. Jedenfalls hat sich gestern das Reichskabinett mit diesen neuen Vorschlägen beschäftigt, allerdings ohne vorerst darüber Beschluß zu fassen. Diese Vor-

schläge sehen, wie behauptet wird, die baldige Beseitigung von handelsvertraglichen Bindungen für Agrarprodukte vor und außerdem noch nicht unwesentliche Zoll-erhöhungen für Fleisch, Wolkereiprodukte, Holz der verschiedenen Arten und agrarische Veredelungsprodukte.

## Hindenburg soll im „Filmkrieg“ eingreifen

Zwei Appelle

Die Abgeordneten Dr. Eugenberg und Dr. Oberjöhren haben namens der deutschen nationalen Reichstagsfraktion folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg geschickt: „Trotz des Einspruches des Reichswehrministeriums gegen den Deutsches Film „Im Westen nichts Neues“, trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Aufführungen des Films unter stärkster Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt. Wir bitten den Reichspräsidenten, den Führer der in diesem Film beschimpften Heere des Weltkrieges, den Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht, durch persönliche Eingreifen diesem öffentlichen Skandal ein Ende zu machen.“

Der Reichsbäuerbund erhebt im Namen von Millionen von Weltkriegssoldaten in einem Schreiben an den Reichsaußenminister nochmals dringenden Einspruch gegen die unerhörte Verhöhnung deutschen Heldentums durch den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“.

Gleichzeitig hat der Reichsbäuerbund den Reichspräsidenten gebeten, den Protest der alten Kameraden mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit zu unterstützen.

Kunmehr haben sich auch Bayern und Württemberg dem gegen den Film „Im

Westen nichts Neues“ gestellten Wider-rufsantrag angeschlossen.

## Auch Dr. Wirth für Zurück-ziehung?

In den Berliner Blättern, auch solchen, die mit der Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ einverstanden sind, wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Filmober-prüfstelle am Donnerstag zu einem Verbot der Aufführung gelangen werde. Es ist bezugnehmend, daß die dem Reichsinnenminister Dr. Wirth nahestehende „Germania“ in einem Vektartitel von grundsätzlicher Bedeutung, der sich mit der innenpolitischen Lage beschäftigt, gegen den Film Stellung nimmt.

## Wieder tausende Demonstranten auf dem Rollendorfsplatz

Auch am Dienstagabend hatten sich viele tausende von Menschen auf dem Rollendorfsplatz eingefunden, um gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ zu protestieren. Mehrfach lang die Menge, unter der sich auch Stahlhelmgruppen mit Fahnen befanden, die Wacht am Rhein, das Deutschlandlied und andere vaterländische Lieder. Neben verschiedenen nationalsozialistischen Abgeordneten sprach abermals Goebbels und forderte erneut das Verbot des Filmes. Nach der Kundgebung bildete sich ein unübersichtlicher Zug, der sich durch den Westen der Stadt bewegte. Die Polizei nahm mehrere Demonstranten fest.



Um die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“, der nach dem Roman von Remarque von einer amerikanischen Filmgesellschaft gedreht wurde, ist ein heftiger Meinungsstreit entstanden, der sich täglich bei Massenversammlungen vor dem Theater, die nur mit Nähe von der Polizei in Schach gehalten werden, in elementaren Kundgebungen der Empörung äußert. Unser Bild zeigt den doppelten Schutzpolizeikordon vor dem Eingang des Lichtspieltheaters, der vom Beginn bis zum Schluß der Vorstellungen zur Verfügung stehen muß.

## Ärzte-Protest gegen die Notverordnung

In Berlin fand gestern eine Protestversammlung der ärztlichen Berufs- und Standesvertretungen statt. Die Kundgebung richtete sich gegen die neue Notverordnung, soweit sie sich auf die Krankenhilfe bezieht. Der 1. Vorsitzende der beiden großen ärztlichen Spitzenverbände Geheimrat Dr. Stauber, betonte, die jegliche Lösung könne nur eine Vermehrung und Vertiefung bestehender Konflikte und Gegensätze in einer Zeit schaffen, wo das Gelingen der deutschen Sozialversicherung ohnedies ernstlich bedroht sei. Auch die weiteren Redner kritisierten die einzelnen Bestimmungen der Notverordnung. Die Ärzteschaft werde die Notverordnung mit allen zulässigen Mitteln bekämpfen und auf ihre Beseitigung hinarbeiten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die durch die Notverordnung herbeigeführte weitere Einschränkung der ärztlichen Berufs-, Berufs- und Wirtschaftsfreiheit als unannehmbar abgelehnt wird.

## Unerwünschte Folgen des Weizenbrotverbotes

In einer Versammlung der Berliner Bäcker, Hoteliers, Gastwirte usw., in der gegen das Verbot des Festhaltens von Weizengebäck in Gastwirtschaften protestiert wurde, teilte der Vertreter der Gewerkschaften mit, daß in einem größeren Betrieb bereits 30 Gesellen gekündigt worden sei und daß man damit rechnen müsse, daß in Berlin mindestens 300 Gesellen infolge des Verbots arbeitslos werden würden.

## Zeitweises Branntweinverbot in Preußen

Das preussische Ministerium des Innern hat eine Vollzeitanordnung für Preußen erlassen, durch die der Branntweinausschank für die Zeit von 3 bis 9 Uhr morgens verboten wird.

Die Gründe für die Verordnung liegen auf sozialem und hygienischen Gebiet. Allerdings wird von dem Verbot nicht der Handel mit Branntwein berührt. Lediglich die Gastwirte werden davon betroffen.

## Um die Postgebühren

Das Reichspostministerium hat mitteilen lassen, daß es eine Herabsetzung der Postgebühren erwäge. Und wird dazu mitgeteilt, daß diese „Erwägungen“ auf einen Antrag des Abgeordneten Röllath (Wirtschaftspartei) zurückzuführen sind, den dieser im Verwaltungsrat der Reichspost einbrachte und der einstimmig angenommen worden ist.

Ueber die Art und den Umfang der beabsichtigten Gebührensenkung sind der Öffentlichkeit noch keine weiteren Mitteilungen gemacht worden. Es sollen voraussichtlich die Gebühren für das Druckfachporto in erheblichem Maße herabgesetzt werden.

Der Abgeordnete Röllath teilt uns zu dieser Angelegenheit mit, daß es seine Absicht sei, die Reichspost vor allem zu einer Senkung der Fernspreckgebühren zu veranlassen, die von der Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Art und Höhe als eine große Belastung empfunden würden. Neben der Senkung der eigentlichen Gesprächsgebühren käme vor allem eine Umgestaltung der eigenen Grundgebühr in Frage.

Allerdings steht diese Absicht, wie wir weiter erfahren, im Reichspostministerium auf gewisse Bedenken. Es wird auf die Unrentabilität des ländlichen Fernspreckwesens hingewiesen, daß zu einem erheblichen Teile aus dem städtischen Fernspreckverkehr mitfinanziert werden müsse. Würden die Gebühren für den letzteren in erheblichem Umfang gesenkt, so müßte darunter die Intensität des ländlichen Fernspreckwesens leiden. Das müßte zu großen Bedenken Anlaß geben. Es ist ja bekannt, daß sogar der jetzige Stand des ländlichen Fernspreckwesens zu